

## AKTUELL

ASSURANCE DÉPENDANCE

# Autonomie fürs Ministerium

Thorsten Fuchshuber

**Die Chambre des salariés sieht durch die Reform die paritätische Mitbestimmung bei der Pflegeversicherung bedroht. Und ganz generell sieht man die Reform als überflüssig an.**

Was die Angestelltenvertreter zum Thema Pflegeversicherung an Neuem zu sagen haben, brachte Jean-Claude Reding auf den Punkt: „Es besteht die Tendenz, das Mitspracherecht der Versichertenvertreter zurückzudrängen.“ Er habe den Eindruck, das Ministère de la Sécurité sociale wolle den Partnern nur noch ein „droit de garder“ einräumen, während die Entscheidungen selbst unter der Ägide des Ministeriums getroffen werden, so der Präsident der Chambre des salariés Luxembourg (CSL) auf einer Pressekonferenz an diesem Mittwoch.



FOTO: PIXABAY

Was Reding beschreibt, lässt sich mühelos auf den bisherigen Fortgang der Reform der Pflegeversicherung beziehen. Reding hat dabei jedoch auch die geplante Evaluation der jeweils zu erbringenden Pflegeleistungen im Blick. Die hierfür künftig zuständige Verwaltung soll dem Ministerium anstatt, wie von der CSL gefordert, der Krankenkasse CNS zugeordnet sein.

Ansonsten führt die Kritik der CSL bei der Vorstellung ihres Kommentars zum Gesetzesprojekt im wesentlichen nur aus, was zuvor bereits die Patientevertriedung (woxx 1390) und der Dachverband der Pflegedienstleister COPAS (woxx 1393) bemängelt hatten.

Ein Problem sieht die CSL insbesondere bei den geplanten 15 Pflegestufen, die die bisherige Abrechnung individuell abgestimmter Leistungen vereinfachen sollen. Während das Ministerium darauf beharrt, dass die Pflegedienstleister auch weiterhin jede tatsächlich erbrachte Leistung

zu registrieren haben, sieht man bei der CSL die Gefahr, dass Qualitätssicherung und Kontrolle durch die angestrebte Pauschalisierung erschwert werden. „Die Pflegestufen können auch dazu führen, dass die Betroffenen stigmatisiert werden“, so CSL-Vizedirektor Sylvain Hoffmann hinsichtlich des sich aus den Pflegestufen ergebenden Betreuungsbedarfs.

## Gefahr der Stigmatisierung

Wie andere Kritiker ist auch die CSL davon überzeugt, dass es bei der Reform allein um Einsparungen auf Kosten der Betroffenen geht. Dies trotz der Tatsache, dass die finanzielle Situation der Pflegeversicherung - auch in der Vorausschau auf die nächsten Jahre - keineswegs als besorgniserregend anzusehen sei. So stünden im Jahr 2015 Ausgaben in Höhe von 668 Millionen Euro Einnahmen von 680 Millionen gegenüber; die insgesamt gebildeten Rücklagen lägen mit 138,4 Millionen Euro sogar um mehr als 80 Millionen über dem gesetzlich festgelegten Minimum. Statt also eine wirtschaftlich überflüssige Reform in Gang zu setzen, sollte die gegenwärtige Pflegepraxis in ganz anderer Hinsicht unter die Lupe genommen werden, so Jean-Claude Reding: „Es stellt sich die Frage, ob die heute möglichen Leistungen überhaupt auf dem Niveau sind, das die Leute brauchen.“ Der CSL-Präsident betonte hierbei unter anderem die Wahrung einer möglichst weitgehenden Autonomie der Betroffenen.

Die weitgehende Ausgliederung maßgeblicher Detailbestimmungen in eine größere Anzahl von Règlements grand-ducaux, die in der Reform vorgesehen ist, wirft nach Ansicht der CSL sogar die Frage der Verfassungsmäßigkeit auf.

Zumindest der viel kritisierte Plan eines Inkrafttretens der Reform zum Jahreswechsel ist unterdessen vom Tisch. Erst zwei von insgesamt acht geplanten Ausführungsbestimmungen - der wichtigere von ihnen bezieht sich auf die Definition der Pflegenormen - liegen der Commission consultative zur Beratung vor, so COPAS-Präsident Marc Fischbach gegenüber der woxx. Das Reformprojekt wird daher laut Ministerium frühestens im Sommer den Weg in die Chamber und zur Abstimmung finden.

## SHORT NEWS

## Votum Klima - hüben und drüben

(lm) - „Rote Karte für den Luxemburger Pensionsfonds“, so das Verdikt des NGO-Bündnisses Votum Klima zum Auftakt der Klimakonferenz COP22 in Marrakesch. Eine Studie belegt, dass über 150 Milliarden Euro dieses öffentlichen Fonds im Kohle-Sektor investiert wurden. Dies, obwohl die Regierung das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet hat und „green finance“ als Geschäftsmodell der Zukunft anpreist. Die gelbe Karte hatte Votum Klima der Regierung bereits vor anderthalb Jahren gezeigt, als sie eine Neuorientierung der Investitionspolitik forderte. Bleibt auch die jüngste Aufforderung ohne Folgen, so müsste die Regierung eigentlich für die Spiele der nächsten Klimarunde gesperrt werden. Tatsächlich gesperrt wurde die künftige US-Regierung - das Ergebnis der US-Wahlen ist eine Art „Votum gegen das Klima“. Die Reaktionen innerhalb des breiten „Climate Action Network“-Bündnisses reichen von Zweckoptimismus - Donald Trump könne nichts am Siegeszug der erneuerbaren Energien ändern - bis Trotz - nun müsse der Rest der Welt umso schneller handeln. Manche NGOs setzen auf Trumps Einsichtsfähigkeit - er könne in die Geschichte eingehen als der Präsident, der auf die Menschen gehört und den Klimawandel weiter bekämpft hat. Andere dagegen kündigen bereits jetzt ihren Widerstand gegen den absehbaren „US-Klimaimperialismus“ an.

## « Affaire Lunghi » : Team Enrico partout

(lc) - Comme les boutons avec « Team Enrico » distribués à la « Luxembourg Art Week », les soutiens pour le directeur démissionnaire du Mudam ne sont pas prêts à tarir. Ainsi, le personnel du Casino, les galeries de la ville de Dudelange, la Kulturfabrik Esch et l'Aïca (déjà bouillonnante depuis la décision de François Bausch de faire disparaître son kiosque à tout jamais) se sont exprimés ces derniers jours pour exprimer leur soutien et s'indigner de la « cabale » dont aurait été victime Enrico Lunghi. Une telle démonstration d'unité est assez rare, même si, bien sûr, les personnages derrière ces institutions se connaissent tous et sont bien connectés. Pourtant, l'indignation ne vise pas uniquement le reportage de l'émission « De Nol op de Kapp » - qui sera d'ailleurs présentée sous forme de livre aux « Walfer Bicherdeeg » - mais aussi les responsables politiques. Et avant tout le ministre de la Culture Xavier Bettel, qui n'a même pas cherché à savoir ce qui s'était vraiment passé lors de l'interview en question avant de livrer des déclarations tonitruantes sur la liberté de la presse devant les caméras. Car s'il s'avérait que RTL aurait justement abusé de cette liberté pour truquer le reportage au montage, il se retrouverait dans de bien mauvais draps lui aussi.

## Kaum Chancen für Uber-Pop in Luxemburg

(rg) - In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CSV bestätigt Transportminister François Bausch, dass die Verantwortlichen von Uber in seinem Ministerium vorstellig wurden. Die amerikanischen Internetplattform für die Vermittlung privater entgeltlicher Autotransportdienste hat unterschiedliche Dienste im Angebot. Uber-X ähnelt der in Luxemburg bekannten „voiture de location avec chauffeur“, während Uber-Taxi dem klassischen Taxiangebot entspricht. Im ersten Fall muss vor Fahrtantritt eine schriftliche Vorbestellung vorliegen. Die Dauer der Fahrt darf zudem eine Stunde nicht überschreiten. Im Falle des Taxi-Dienstes sieht das luxemburgische Gesetz vor, dass der Betreiber über eine vom Ministerium ausgestellte Lizenz verfügen muss. Sofern Uber sich diesen Regeln unterwerfe, stehe einer Genehmigung nichts im Wege. Außerdem sei dafür Sorge zu tragen, dass sich die Grenzen zwischen beiden Arten der Dienstleistung nicht vermischen. Uber-Pop, bei dem ein nicht speziell qualifizierter privater Autonutzer seine Dienste gegen Entgelt anbietet, bezeichnet Bausch allerdings als „difficilement autorisable“ weil teilweise im Widerspruch zu den erstgenannten Diensten. Als Transportminister widersetzte er sich innovativen Konzepten nicht. Zugleich jedoch wolle er Scheinselbstständigkeit oder die Herabsetzung sozialer Standards nicht unterstützen, nur weil irgendein neuer Anbieter sich am Markt etablieren will.